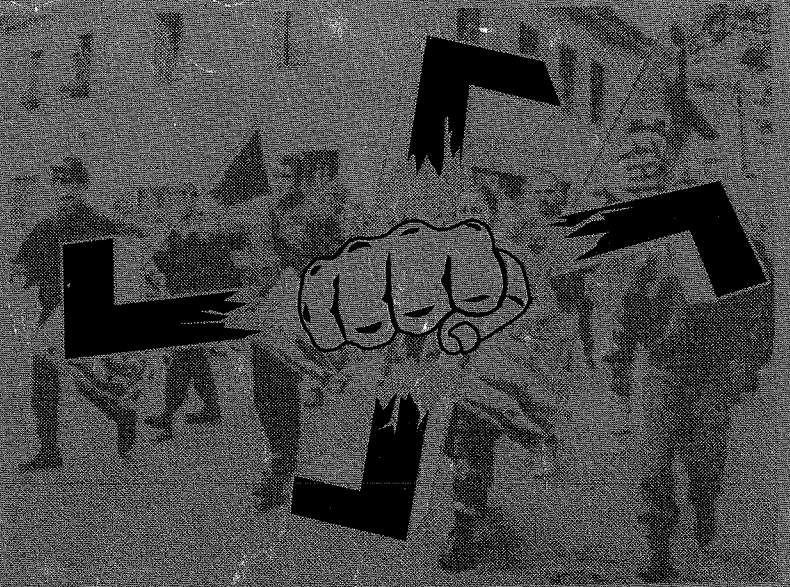


Das Programm der SAV zum Kampf gegen Rechts

3 DM



# Stoppt **Nazis** und **Rassisten!**



# SAV

*Sozialistische  
Alternative*

**Abonniert VORAN**

## Zeitung der Sozialistischen Alternative (SAV)

- zehn Ausgaben zu 25,- DM
- zusätzlich \_\_ Exemplare zum Weiterverkauf  
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu \_\_ DM (ab 50,-)

\_\_\_\_\_  
Name, Adresse, Telefon  
\_\_\_\_\_

## Werde Mitglied der SAV

- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

\_\_\_\_\_  
Name, Adresse, Telefon  
\_\_\_\_\_

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:  
Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln

**Infotelefon (02 21) 13 45 04 Fax  
(02 21) 13 72 80, e-mail: savbund@aol.com**

## Impressum

**Herausgegeben von der Sozialistischen Alternative (SAV)  
Hansaring 4, 50670 Köln, Tel. (0221) 134504  
Fax (0221) 137280, e-mail: savbund@aol.com  
Verantwortlich für den Inhalt: Sascha Stanicic**

**1. Auflage: April 1998**

# Stoppt Nazis und Rassisten!

## Das SAV-Programm zum Kampf gegen Rechts

1. März 1997: über 4.000 Alt- und Jung-Nazis veranstalten in München den größten faschistischen Aufmarsch seit 27 Jahren. Rechtsextremistische Straftaten nehmen wieder zu. Brandanschläge, Überfälle auf Nichtdeutsche, antifaschistische Jugendliche oder auch auf Campingplatzbesucher gehören zum Alltagsbild. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und den Kommunalwahlen in Hessen konnten die Republikaner auch wieder Wahlerfolge feiern. Rechtsradikale Kräfte innerhalb und außerhalb von FDP und CDU/CSU basteln an einer neuen rechten Partei nach dem Haider-Vorbild.

Nach Jahren der Reorganisation zwischen 1994 und 1996 hat sich die Nazi-Szene stabilisiert und steigert ihren Aktivitätsgrad.

In Österreich, Frankreich, Belgien und Italien landen rechtsextreme Parteien wie die FPÖ, Le Pens Front Nationale oder der Vlaams Blok Wahlerfolge.

Gleichzeitig geht die Propaganda von Staat und etablierten Politikern gegen „AusländerInnen“ und AsylbewerberInnen weiter. Sie schieben ihnen die Probleme in die Schuhe, die sie und ihr kapitalistisches System verbockt haben: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und leere Staatskassen. Nichtdeutsche werden weiter diskriminiert: das Ausländergesetz wird immer weiter verschärft, die Sozialhilfe für AsylbewerberInnen wurde gekürzt, Abschiebungen - auch gegen Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien - werden skrupellos und ohne Rücksicht auf die Gefahr für Gesundheit und Leben der Betroffenen durchgeführt. **Die Sozialistische Alternative sagt: Schluß damit!**

Arbeitnehmer, Arbeitslose und Jugendliche - gleich welcher Nationalität und Hautfarbe - dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Die SAV steht für **Gegenwehr** gegen Sozialkürzungen und Arbeitsplatzabbau, für **Solidarität** mit unseren „ausländischen“ KollegInnen und NachbarInnen im Kampf für gleiche Rechte und für **Sozialismus**, denn wir wollen das Übel an der Wurzel packen.

Wir stellen uns gegen die Lügen der Faschisten und Rassisten, gegen die Sündenbockpropaganda und verbreiten die Wahrheit. Und diese ist so deutlich, wie sie einfach ist: Es sind nicht die Menschen aus der Türkei, Afrika oder Asien, die die sozialen Probleme in Deutschland zu verantworten haben. Es sind die Großkonzerne und ihre kapitalistischen Regierungen.

Wir rufen alle auf, nicht zuzuschauen, wie Kapitalisten, Regierungen und Neonazis die Gesellschaft in den Abgrund führen. Wenn wir uns organisieren und für eine sozialistische Alternative kämpfen, können wir den Rechten einen Strich durch die Rechnung machen. **Wenn Du dem in dieser Broschüre vorgestellten Programm gegen Rassismus und Faschismus zustimmst, dann werde Mitglied der SAV!**

## Inhalt

Lüge und Wahrheit  
2

Rassismus wird gemacht - was steckt dahinter?  
5

„Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch“  
10

Wie den Kampf gegen Rechts führen?  
17

Eine Alternative aufbauen  
19

# Lüge und Wahrheit

Am 26. Mai 1993 wurde das Asylrecht de facto abgeschafft. Wie amnesty international (ai) damals sagte, kann seitdem nur noch der Asyl beantragen, der mit einem Fallschirm über Deutschland abspringt, da die große Koalition aus CDU, CSU, FDP und SPD alle an die BRD grenzenden Staaten (und viele mehr) als „sichere Drittstaaten“ eingestuft hat. Seitdem sind die Asylbewerberzahlen drastisch gesunken. Aber die Probleme, für die die sogenannte „Asylantenflut“ nach Aussagen von CDU- und SPD-Politikern angeblich verantwortlich war, bestehen weiterhin: die Arbeitslosigkeit steigt, die Wohnungsnot ist unverändert groß, die Staatsverschuldung wächst. Das ist nur ein Beispiel dafür, daß die AusländerInnenpolitik der etablierten Parteien auf einem einzigen Lügengebilde aufbaut. Nachdem nicht mehr von der „Asylantenflut“ gesprochen werden kann, werden jetzt die „kriminellen Ausländer“, „kurdische Terroristen“ und „Sozialbetrüger“ ausgepackt, um weiterhin einen Sündenbock parat zu haben.

## „Die Ausländer kosten uns Deutsche viel Geld“

Insgesamt leben in Deutschland 7,3 Millionen sogenannte „AusländerInnen“. Davon waren 1994 1,75 Millionen Flüchtlinge. Die in Deutschland lebende nichtdeutsche Bevölkerung zahlt Jahr für Jahr ca. 60 Milliarden DM an Steuern, Arbeitslosen- und Sozialversicherungen, während Nichtdeutsche gleichzeitig ca. 5 Milliarden DM erhalten. „AusländerInnen“ kosten den deutschen Staat also nichts, sondern bringen Geld in die Staatskassen.

## „Raus mit kriminellen Ausländern“

Politiker wie Schröder, Voscherau (beide SPD) oder Kanther (CDU-Innenminister) wollen den Eindruck erwecken, AusländerInnen seien überproportional kriminell und eine Bedrohung für die Gesellschaft.

Tatsache ist, daß seriöse und differenzierte Untersuchungen dieser Propaganda widersprechen. So werden zum Beispiel die Straftaten, die von in Deutschland nicht gemeldeten AusländerInnen auf die Zahl der in Deutschland gemeldeten AusländerInnen angerechnet, was die Statistik verzerrt. Ebenso verstoßen ca. ein Drittel der von AusländerInnen begangenen Delikte gegen Bestimmungen des Ausländer- und Asylverfahrensgesetzes (z.B. wenn sich ein Asylbewerber aus dem für ihn bestimmten Landkreis entfernt um einen Freund zu besuchen, denn Bewegungsfreiheit herrscht für Asylbewerber nicht) - Delikte also, die ein

*Gewalt gegen Ausländer wird von den Behörden selten verfolgt*



Deutscher gar nicht begehen kann. Ebenfalls haben Untersuchungen ergeben, daß der Anteil an Kleinkriminalität wie Schwarzfahren und Ladendiebstählen unter Nichtdeutschen höher liegt, der bei schweren Verbrechen allerdings niedriger. Das ist auf die unter AusländerInnen und vor allem AsylbewerberInnen überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und Armut zurückzuführen.

Hinter der Propaganda gegen „Ausländerkriminalität“ steckt der Versuch von den wirklich Kriminellen in der Gesellschaft abzulenken, von den Otto Graf Lambsdorffs (Ehrenvorsitzender der FDP, verurteilter Steuerhinterzieher), den Schneiders und den anderen Bossen und Managern, deren Wirtschaftskriminalität jährlich Milliardenverluste für die Staatskassen bedeutet.

## „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“

Die Logik der Faschisten, die „Arbeitsplätze für Deutsche“ fordern ist so einfach, wie sie dumm ist: „Ausländer raus! Schmeißt man die 7,3 Millionen Nichtdeutschen aus dem Land, können die Arbeitslosen die freigewordenen Stellen besetzen.“

Tatsache ist: Nichtdeutsche nehmen Deutschen keine Arbeitsplätze weg. Für die wachsende Massenarbeitslosigkeit sind einzig und allein die Kapitalisten und die Kohlregierung verantwortlich. Unter AusländerInnen liegt die Arbeitslosenrate sogar deutlich höher als unter Deutschen. Außerdem ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten AusländerInnen 1994 nicht höher als 1971 gewesen, einem Jahr als die Arbeitslosigkeit bei einigen wenigen hunderttausend lag.

Es ist kein türkischer Kollege, der für den Abbau zehntausender Arbeitsplätze im Bergbau verantwortlich ist, kein kurdischer Flüchtling hat in Ostdeutschland den Großteil der Industrie zerschlagen. Die wahren Schuldigen sitzen in den Chefetagen der

Konzerne und in der Bundesregierung. Die Ursache für die Massenarbeitslosigkeit liegt nicht im Zuzug von Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland, sondern in der Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems und in der Produktion für den Profit einer kleinen Minderheit von Kapitalisten.

Denn Arbeit gibt es genug zu tun: es fehlen Millionen Wohnungen, der öffentliche Nahverkehr gehört ausgebaut, im Umweltschutz gibt



es viel zu tun. Aber im Kapitalismus geht es nicht darum, was gebraucht wird, sondern, was Profit bringt. Heute wird mit immer weniger ArbeiterInnen immer mehr produziert. Dabei werden riesige Profite erzielt, diese werden aber nicht dazu benutzt in neue Arbeitsplätze und sinnvolle Produktion zu investieren. Da auf den Finanzmärkten bessere Profitaussichten bestehen, wird immer mehr Kapital auf diesen angelegt und spekuliert. Das Geld um genügend Arbeitsplätze zu schaffen, wäre eigentlich da. Die Großkonzerne sitzen auf 700 Milliarden DM flüssiger Mittel und insgesamt 1500 Milliarden DM auf der hohen Kante. Doch nichts geschieht damit, weil es in den Händen einer Minderheit von Bossen und Großaktionären liegt. Deshalb sagt die SAV: Ran an die Gewinne der Banken und Konzerne! Durch die Überführung der Wirtschaft in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten könnte der erwirtschaftete Reichtum sinnvoll eingesetzt werden. Und wenn dann noch nicht Arbeit für alle da ist, muß eben die Arbeitszeit verkürzt werden und die Arbeit auf alle verteilt werden. Deshalb fordern wir die sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

## „Scheinasylanten raus“

Die SAV lehnt die Unterscheidung in „politische Flüchtlinge“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ ab. Millionen Menschen sind gezwungen ihre Heimat zu verlassen: sie fliehen vor brutalen Diktaturen, Kriegen, Hunger, Umweltkatastrophen usw. Die größten Flüchtlingsgruppen der letzten Jahre kamen aus dem vom Krieg zerrissenen ehemaligen Jugoslawien und aus Türkei-Kurdistan. Aber alle Flüchtlinge sind Opfer des kapitalistischen Systems und der Ausbeutung der unterentwickel-

AsylbewerberInnen leben in Deutschland unter erbärmlichen Bedingungen



ten Staaten durch die USA, Deutschland und die anderen westlichen, imperialistischen Staaten. Die wenigsten dieser Menschen erreichen Westeuropa. Die wirklich großen Flüchtlingsströme bleiben in der sogenannten „3. Welt“.

Im Fall der Türkei und des ehemaligen Jugoslawiens trägt die Bundesrepublik direkte und offensichtliche Verantwortung für die Zustände in den jeweiligen Ländern. Sie unterstützt das türkische Regime, das das kurdische Volk unterdrückt und seiner Selbstbestimmung beraubt und versorgt es sogar mit Waffen für den schmutzigen Krieg gegen die Kurden. Auf dem Bal-

kan war es die Bundesregierung, die 1991 vordruckte und Kroatien und Slowenien als erster Staat anerkannte und damit eine wichtige Voraussetzung für den Krieg lieferte.

Asylrecht ist Menschenrecht! Wenn Menschen in ihrer Heimat keine Lebensperspektive haben müssen sie in Deutschland Asyl bekommen können!

# Rassismus wird gemacht - was steckt dahinter?

Rassismus sind nicht nur die Überfälle der Nazi-Banden auf Flüchtlingsheime und AusländerInnen. Rassismus ist eine alltägliche Erscheinung in der kapitalistischen Gesellschaft. Rassismus, das ist die systematische Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe und Nationalität. Der Rassismus in Deutschland manifestiert sich in vielen Dingen: in der de facto Abschaffung des Asylrechtes 1993, in den vielen Sondergesetzen für Nichtdeutsche, die ihnen Rechte nehmen und nicht geben, in dem fehlenden Wahlrecht, in dem fehlenden Recht auf uneingeschränkte politische Betätigung, in der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenrate.

Die SAV sagt: der Rassismus wird vom kapitalistischen Staat gemacht. Die Übergriffe der Faschisten, die Extremform des Rassismus in der heutigen Zeit, sind letztlich eine Folge des staatlichen Rassismus. Die Brandstifter sitzen in Bonn und in den Chefetagen der Konzerne!

Malcolm X, der berühmte schwarze Freiheitskämpfer, der 1965 ermordet wurde, sagt kurz vor seinem Tod: „Es kann keinen Kapitalismus ohne Rassismus geben!“

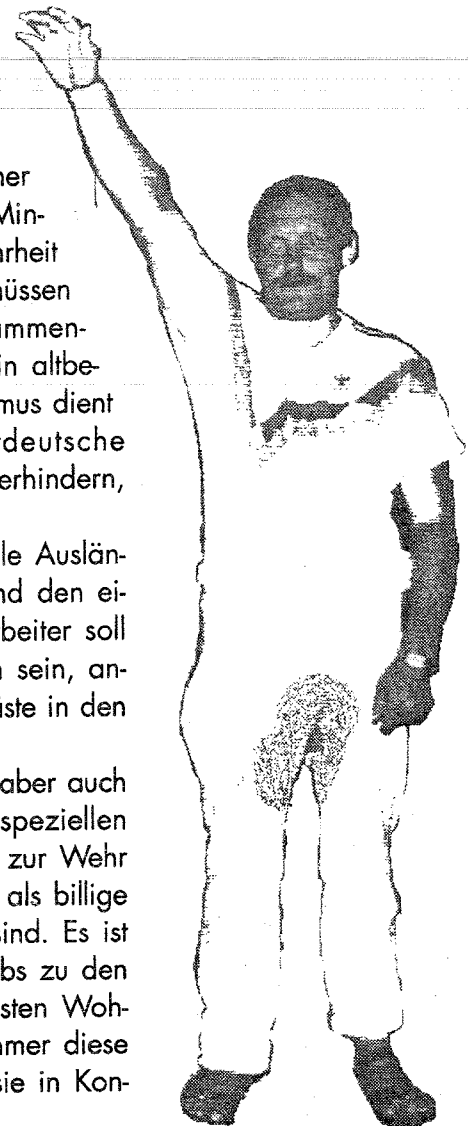
Warum braucht das kapitalistische System den Rassismus?

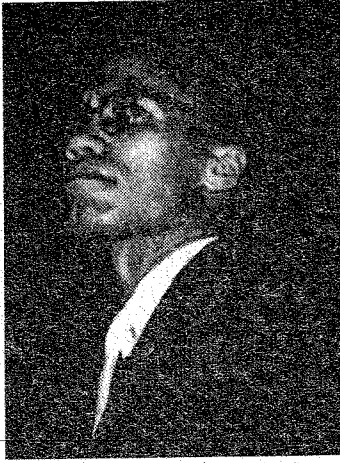
Das kapitalistische System basiert auf der Ausbeutung einer Mehrheit der Menschen, der Arbeiterklasse, durch eine Minderheit, die Unternehmern. Um diese Ausbeutung der Mehrheit durch die Minderheit dauerhaft durchführen zu können, müssen die Kapitalisten verhindern, daß sich die Mehrheit zusammenschließt und sich gegen diese Ungerechtigkeit auflehnt. Ein altbekanntes Mittel hierfür heißt „teile und herrsche“. Der Rassismus dient dazu, deutsche ArbeitnehmerInnen und nichtdeutsche ArbeitnehmerInnen gegeneinander auszuspielen und zu verhindern, daß sie sich gemeinsam zur Wehr setzen.

Die Hetze gegen AsylbewerberInnen und gegen „kriminelle Ausländer“ soll dazu dienen von den eigentlichen Problemen und den eigentlichen Verantwortlichen abzulenken. Der deutsche Arbeiter soll neidisch auf die Sozialwohnung der türkischen Nachbarn sein, anstatt auf die Villa seines Bosses und die protzigen Bankpaläste in den Innenstädten.

Mittels dieser Ungleichbehandlung können die Kapitalisten aber auch einen Teil der Arbeiterklasse besonders ausbeuten. Die speziellen Gesetze für AusländerInnen, die deren Möglichkeiten sich zur Wehr zu setzen beschneiden, bedeuten letztlich auch, daß diese als billige Arbeitskräfte benutzt werden können, leichter erpressbar sind. Es ist kein Zufall, daß AusländerInnen oftmals die dreckigsten Jobs zu den schlechtesten Löhnen übernehmen und in den verkommensten Wohnungen leben müssen. Gleichzeitig benutzen die Unternehmer diese billigeren Arbeitskräfte dann als Lohndrücker und setzen sie in Konkurrenz zu den deutschen ArbeitnehmerInnen.

*Herrenmensch (hat sich gerade vor Stolz in die Hose gepinkelt)*





Malcolm X, schwarzer Bürgerrechtler, 1965 ermordet

Das war und ist auch heute noch die grundlegende Funktionsweise des Rassismus in der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Ganz unverblümt stand das 1895 in einer Studie des preußischen Handelsministeriums: „Beschränkte man die Industrie auf inländische Arbeiter, so würde bei einem Rückgang der Industrie eine größere Anzahl von Arbeitern brotlos und vermehrten sich dadurch die unzufriedenen Elemente. Dagegen kann man ausländische Arbeiter in solchem Falle ohne weiteres abstoßen.“

## Etablierte Parteien schüren Rassismus

In den letzten Jahren war ausländerfeindliche Propaganda vor allem ein großangelegtes Ablenkungsmanöver der Regierenden, um von ihrer eigenen Verantwortung für Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Armut usw. abzulenken. Das war schon 1986 so, als die CDU/CSU zum ersten Mal die Mär von der „Asylantenflut“ auspackte. Damals war die Kohlregierung nach Meinungsumfragen bei einem historischen Tief in der Wählergunst angelangt. Die gezielte Kampagne gegen AsylbewerberInnen sollte von der Regierungskrise ablenken und Kohl bei einem angeblich wichtigen Thema wieder in die Offensive bringen. Die Asyldebatte von 1991, die 1993 zur Abschaffung des Asylrechts führte und die Saat für den sprunghaften Anstieg faschistischer Überfälle bedeutete, wurde

gerade zu generalstabsmäßig von der Führung der CDU geplant und durchgeführt. Auch 1991 geriet die Kohlregierung in immer größere Schwierigkeiten. Massenarbeitslosigkeit und die Mieterhöhungen im Osten sowie Steuererhöhungen führten zu



wachsender Unzufriedenheit. Im Osten gab es viele Proteste. Wieder mußte das „Asylproblem“ erhalten, um die Aufmerksamkeit von den wirklichen Problemen und ihren Verantwortlichen zu lenken. Der damalige CDU-Generalsekretär Rühle forderte seine Parteifreunde in den Kommunen in einem Rundschreiben vom 12. September 1991 dazu auf, „die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD herauszufordern.“ Die SPD deckte den Schwindel der CDU/CSU nicht etwa auf, sondern machte mit und versuchte nicht selten die Konservativen in der Asylfrage rechts zu überholen. So schrieb die SPD in Baden-Württemberg in einem Flugblatt im November 1991: „Die SPD Baden-Württemberg will die Zuwanderung insgesamt drastisch einschränken, weil wir sonst mit der katastrophalen Wohnungsnot nicht fertig werden. Deshalb wollen wir den unkontrollierten Ausiedlerzuzug stoppen und den Mißbrauch des Asylverfahrens beenden.“ Sie griff die CDU an, daß deren Vorschläge nur „eine Verringerung des Zuwanderungsproblems um 3 Prozent“ bedeuten wür-

Personenüberprüfung am Hamburger Bahnhof (rechts)

Martin Luther King, ein Führer der US-Bürgerrechtsbewegung, 1968 ermordet





den, während die SPD-Vorschläge die Zuwanderung um mehr als die Hälfte senken würden.

Die SPD hebt sich noch damit hervor, daß sie nicht nur gegen AsylbewerberInnen hetzt, sondern auch gegen die sogenannten Spät-

## Ursprünge des Rassismus

Mit dem Aufkommen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gab es eine gewaltige Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Eine Grundlage hierfür war die Versklavung und Kolonialisierung von Asien, Amerika und Afrika durch die entwickelten Länder Europas, um Rohstoffe und Arbeitskräfte zu bekommen. Im Altertum und im Mittelalter wurde der Platz der Menschen in der Gesellschaft von der Geburt bestimmt. Kinder von leibeigenen oder Sklaven gehörten ihren Herren. Mit der Durchsetzung kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse und der bürgerlichen Gesellschaftsordnung im 18. und 19. Jahrhundert wurde das Mittelalter überwunden - auch ideologisch. Vorstellungen von der angeborenen Gleichheit und Freiheit aller Menschen setzten sich durch. Um vor diesem Hintergrund die brutalen Verbrechen des Kolonialismus und die Versklavung ganzer Völker ideologisch rechtfertigen zu können, mußte man

die betroffenen Menschen für minderwertig erklären. So entstand der moderne Rassismus: die systematische Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund körperlicher Merkmale. Im 19. Jahrhundert wurden pseudowissenschaftliche Theorien von der „Minderwertigkeit der farbigen Rassen“ entwickelt. Der Wahn vom „Ariertum“, der „Überlegenheit der nordischen Völker“ und der „Minderwertigkeit der Juden und Schwarzen“ wurde vom Franzosen Gobineau und dem Engländer Chamberlain systematisiert. Diese Thesen bildeten die Grundlage für Hitlers „Mein Kampf“. Seitdem haben rassistische Theorien unterschiedliche Veränderungen durchlaufen. Eines bleibt aber bestehen: Die systematische Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe.

*Aus einer Broschüre von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)*

aussiedler (Deutschstämmige aus Rußland und anderen osteuropäischen Staaten). Richtig ist, daß sich die Doppelzüngigkeit und der Zynismus der CDU/CSU gerade an ihrer Haltung zu den Aussiedlern gezeigt hat, die von der CDU/CSU immer als eine sichere politische Basis angesehen wurden und dazu genutzt wurden eine deutschnationale Stimmung in der Bevölkerung zu verbreiten. Die Hetze der SPD-Führung bedeutet aber keine Gleichbehandlung von Menschen, sondern die Diskriminierung der Aussiedler und lediglich die Vergrößerung der Gruppe von Menschen, die ungleich behandelt werden. Mittlerweile sind die Spätaussiedlerzahlen ebenfalls drastisch gesunken, da immer schärfere Sprachtests durchgeführt werden und ein Deutschstämmiger, der nicht ausreichend Deutsch spricht, nicht ins Land gelassen wird - weniger Arbeitslose gibt es trotzdem nicht!

Ziel von nationalistischer Ideologie, Propaganda und Rassismus, was beides von den Regierenden verstärkt verbreitet wird, ist zu verschleiern, daß die Grenzen in der Gesellschaft zwischen oben und unten, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen den Klassen verlaufen - und nicht zwischen Hautfarben und Nationalitäten. Damit soll eine Identifikation der deutschen ArbeitnehmerInnen mit „ihrem Staat“, „ihrer Polizei“, „ihrer Wirtschaft“, „ihren Unternehmern“ geschaffen werden. Das soll dazu führen, daß - und hier kann dann die Standortpropaganda so richtig greifen - die Opferbereitschaft wächst und Arbeitnehmer bereit sind, auf Lohnerhöhungen, Weihnachtsgeld usw. zu verzichten, damit es „ihrem Deutschland gutgeht“ - nur geht es dann nur den deutschen Unternehmern gut.

## Ist Rassismus die natürliche Reaktion auf soziale Probleme?

Nein. Soziale Probleme führen nicht automatisch zu Rassismus unter den Betroffenen. Die „natürliche“ Reaktion ist, daß sich die Betroffenen gegen die Ursachen dieser Probleme wenden (oder eben, und das wird dann zu Rassismus, gegen die vermeintlichen Ursachen). Deshalb ist in Arbeitskämpfen (gegen Betriebsschließungen, Entlassungen, in Tarifikämpfen) auch überhaupt kein Platz für Rassismus, denn alle Beschäftigten wissen, daß sie als Beschäftigte - unabhängig von Nationalität und Hautfarbe - zusammenstehen müssen um gegen den gemeinsamen Gegner in Gestalt des Unternehmers anzukommen.

Soziale Probleme bieten aber den Herrschenden die Möglichkeit, durch Rassismus Sündenböcke zu schaffen, um von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken. Damit können sie umso erfolgreicher sein, je weniger politische Alternativen diesem Rassismus entgegengesetzt werden und je weniger Wege aufgezeigt werden, die sozialen Probleme zu lösen.

Und genau das ist heute das große Problem. Da wo ArbeitnehmerInnen gemeinsam gegen Entlassungen, MieterInnen

### Beispiel Bauindustrie

In der Bauindustrie benutzen die Bosse die „Teile und herrsche“-Taktik wie in kaum einer anderen Branche. Während über 400.000 Bauarbeiter arbeitslos sind, lassen die Baufirmen ausländische Arbeiter für Billiglöhne von unter zehn Mark arbeiten und erpressen alle KollegInnen.

Die IG BAU akzeptierte 1996 einen niedrigeren Mindestlohn für ausländische ArbeiterInnen und verzichtete darauf, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu kämpfen. Dieser erste Kompromiß wurde von den Bauunternehmern wieder aufgekündigt, um eine weitere Senkung zu erzwingen. Am Ende stimmte die IG BAU zu, daß der Mindestlohn bei 17 DM im Westen liegt, während „deutsche“ Bauarbeiter ca. 22 DM bekommen. Dieser Abschluß kam in der Tarifrunde 1997 als Bumerang für alle Arbeiter zurück. Die Lohnfortzahlung wurde gekürzt und eine neue Niedriglohngruppe für Langzeitarbeitslose eingeführt. Die Erpressung mit den Niedriglöhnen der ausländischen Kollegen, sowohl der legalen EU-Arbeiter als auch der Illegalen, die zum Teil Stundenlöhne unter 10 DM bekommen, geht

verschärft weiter.

Anstatt den gemeinsamen Kampf von deutschen und nichtdeutschen Bauarbeitern zu organisieren, hat die IG BAU Polizeirazzien auf Baustellen unterstützt, die für die „illegalen“ Arbeiter die Abschiebung und für die Unternehmer lächerliche Geldstrafen bedeuten. Eine solche Politik erweckt den Eindruck, als ob die ausländischen KollegInnen als die Verantwortlichen betrachtet werden, da helfen auch keine oftmals richtigen Argumente durch die IG BAU-Führung. Rassistische Vorurteile unter deutschen Bauarbeitern, die zum Teil zu beobachten waren, hat dementsprechend auch die Gewerkschaftsführung zu verantworten. Sie hätte die Kämpfe britischer und italienischer Bauarbeiter auf deutschen Baustellen unterstützen müssen, die in Berlin im Sommer 1996 Baustellen besetzten, nachdem sie keine Löhne erhalten hatten.

Wenn der gemeinsame Kampf deutscher und nichtdeutscher Kollegen nicht geführt wird, ist der Weg offen für die Spaltungsmanöver der Bosse. Das führt dann immer zu Verschlechterungen für alle Arbeiter.

gegen Wohnungsprivatisierungen, SchülerInnen gegen Bildungsabbau kämpfen ist Rassismus selten zu finden. Die rassistische Hetze und Spaltung kann dann erfolgreich sein, wenn ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche keine Möglichkeit sehen, sich gegen die Angriffe der Regierung und Unternehmer zu wehren.

Die Organisationen, die einmal dazu gegründet wurden, gegen die Angriffe von Regierung und Kapital Widerstand zu organisieren, tun dies nicht mehr. Die SPD ist von der CDU kaum noch zu unterscheiden und entwickelt sich von der Arbeiterpartei, die sie einmal war, zu

einer „stinknormalen“ kapitalistischen Partei und beteiligt sich an rassistischer Propaganda. Die Grünen entwickeln sich zur Öko-FDP. Die PDS passt sich immer mehr der SPD an, um Regierungsfähigkeit zu demonstrieren.

Die Gewerkschaftsführer sind längst zu Co-Managern geworden. Sie bewegen sich nur unter dem massiven Druck der Kollegen in den Betrieben. Der IG Metall-Vorsitzende Zwickel verbreitet ebenfalls ausländerfeindliche

Ansichten. Er schlug eine Verringerung der Zahl der Ausländer auf dem Arbeitsmarkt durch die Einführung einer Ausländerquote vor. Dies diene dazu, „den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten und den sozialen Sprengsatz zu entschärfen.“

Das sind Positionen aus dem Repertoire der Republikaner, die die Verantwortung für Arbeitslosigkeit von den Unternehmern nimmt und auf AusländerInnen schiebt. Damit macht sich Zwickel ebenfalls zum Brandstifter.

Diese Organisationen organisieren keine Kämpfe, führen keine Mobilisierungen durch und geben vor allem keine grundlegenden politischen Antworten. Denn die kapitalistische Ordnung wird von ihnen nicht mehr in Frage gestellt. Die Marktwirtschaft wird akzeptiert. Folge dieser Politik und des Mangels einer Perspektive durch gemeinsamen Kampf etwas zu erreichen ist bei einer Schicht von Menschen die Einstellung „Wenn man schon nicht gegen die Bonzen ankommen kann, dann sollen wenigstens die Flüchtlinge raus, die uns auf der Tasche liegen.“



*"Arbeitslose"  
Max Lingener 1931*

# „Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch“ - die neuen Nazis

Eine Folge des zunehmenden staatlichen Rassismus war das Erstarren der faschistischen Gruppierungen seit Ende der 80er Jahre. Diese konnten die Unzufriedenheit vieler Menschen, die existierenden Zukunftsängste und die Ablehnung der etablierten Parteien ausnutzen und einige Wahlerfolge erzielen und ihre Organisationen stärken.

Mit der von der CDU/CSU organisierten Asyldebatte ab 1991 spürten die Nazis Rückenwind und wurden aktiver. Sie gingen daran, die Worte der Schlips-und-Kragen-Rassisten in die Tat umzusetzen. Überfälle auf Nichtdeutsche und vor allem auf Asylbewerberunterkünfte wurden tägliche Erscheinungen. Die Orte Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen, Lübeck und viele andere sind seitdem untrennbar

mit Brandanschlägen, Pogromen und faschistischen Morden verbunden. Zwischen 1992 und 1994 entwickelte sich eine antifaschistische Massenbewegung, an der sich hunderttausende Jugendliche und ArbeitnehmerInnen beteiligten. Diese war in der Lage, die Faschisten zurückzudrängen. Unter dem Druck der Bewegung (und auch um den Nazis zu zeigen, daß sie nicht zu weit gehen sollen) verbot die Bundesregierung eine handvoll faschistischer Organisationen, unter anderem

die in der Nazi-Szene einflußreiche Wiking-Jugend und die FAP. Bei verschiedenen Parlamentswahlen konnten Republikaner oder DVU nicht mehr die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. Doch spätestens seit Anfang 1997 werden die Faschisten wieder aktiver.



# Was wollen die Faschisten?

Die Faschisten sind die „nützlichen Idioten“ des Kapitals. Trotz oftmals antikapitalistischer Phrasen, wie sie schon von Hitler geschwungen wurden und heute von den Jungen Nationaldemokraten, erfüllen die Nazis aus Sicht der Kapitalisten und der Regierenden eine notwendige und sinnvolle Rolle. Das ist auch der Grund, weshalb der kapitalistische Staatsapparat (Polizei, Justiz) auf dem rechten Auge blind ist. Zum einen sind die Faschisten so etwas wie der verlängerte

## Die neue Rechte

Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) von Jörg Haider und die „Front National“ (FN) von Jean-Marie Le Pen in Frankreich, sowie die „Allianza Nazionale“ von Fini in Italien sind starke rechtsextreme Parteien, die in den letzten Jahren auf Wahlebene große Erfolge erzielen konnten. In Deutschland existiert eine vergleichbare Partei bisher nicht. Die „Republikaner“ (REP) und die „Deutsche Volksunion“ (DVU) sind zwar Anfang der 90er Jahre in einige Parlamente auf Stadt- und Landesebene eingezogen, verloren jedoch in den letzten Jahren an Wahlunterstützung und auch an Bedeutung. Daher gibt es Bestrebungen, eine neue rechtsextreme Partei nach dem Vorbild der FPÖ oder der FN aufzubauen. Verschiedene Organisationen und einzelne Vordenker der „Neuen Rechten“ basteln an dem „alten Traum einer neuen Rechtspartei“. Personen wie der ehemalige Grüne Alfred Mechttersheimer oder der ehemalige FDP-Politiker Manfred Brunner spielen dabei eine zentrale Rolle. Der Exökooaktivist Mechttersheimer ist seit 1990 Sprecher des „Friedenskomitees 2000“, das 1995 die „Deutschlandbewegung“ gegründet hat. Mit Hilfe der „Deutschlandbewegung“ sollen Personen und Organisationen des rechten Spektrums zusammengeführt werden. In dem Magazin „Frieden 2000. Nachrichten für die Deutschlandbewegung“ und über Internet verbreitet das „Friedenskomitee 2000“ nationalistische bis rechtsextreme Propaganda, z.B. auch gegen die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Manfred Brunner, Chef des „Bund freier Bürger“ (BfB), hat sich vor allem durch nationalistische Propaganda gegen die Einführung des Euros hervorgetan (u.a. durch ganzseitige Artikel in der FAZ). Der „Bund freier Bürger“ ist im „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“

(BKKD) vertreten, das eine Sammlung nationaler Klein- und Kleinstparteien jenseits der CDU ist, ein Zwischenschritt zur nationalen Partei. Neben dem „BfB“ gehören diesem Bündnis die „Deutsche Soziale Union“ (DSU), einstiger Hoffnungsträger der CDU im Osten und die 1994 wiederbelebte „Deutsche Partei“ an. Auch die „Nationalliberalen in der FDP“, die sogenannte „Stahlhelmfraktion“, unterstützen das „BKKD“. Innerhalb der CDU existiert das „Christlich-Konservative Deutschlandforum“ und auch in der SPD gibt es Kreise, die sich der „Neuen Rechten“ zugehörig fühlen. Neben den kleineren Rechtsparteien wie „Bund freier Bürger“ und den rechtskonservativen, nationalistischen Strömungen innerhalb der etablierten Parteien existieren in fast jeder größeren Stadt rechte Basisgruppen, die bei ihren Treffen 20 bis 100 Interessierte versammeln. Diese Zirkel haben Namen wie „Konservativer Gesprächskreis Hannover“ oder „Dresdener Freitagsgespräch“. Die Teilnehmer solcher Treffen setzen sich aus alten und neuen Rechten zusammen, aus Parteienvertretern von SPD bis Republikaner und strammen Rechten. Die „Junge Freiheit“, Haupttheorieorgan der „Neuen Rechten“, hat anfangs eine große Rolle gespielt dieses Netzwerk von Basisgruppen ins Leben zu rufen. Sie stellt nach wie vor ein Bindeglied zwischen der Neonaziszene und der „Neuen Rechten“ dar. Alle oben beschriebenen Organisationen, Parteien, Basisgruppen, Zeitungen und führenden Köpfe der „Neuen Rechten“ bilden ein Netzwerk, das immer besser funktioniert und immer größere Kreise zieht. Nach den Bundestagswahlen 1998 ist es wahrscheinlich, daß aus diesem rechten Netzwerk eine Rechtspartei nach dem Vorbild der FPÖ entsteht.

## Die Jungen Nationaldemokraten (JN)

1967 als Jugendorganisation der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) gegründet, ist die JN eine der ältesten neofaschistischen Gruppierungen in der BRD. Bis Anfang der 90er Jahre spielte sie jedoch eine relativ geringe politische Rolle. Sie war eher ein Anhängsel der Mutterpartei, dessen Aufgaben lediglich in der Rekrutierung neuer Mitglieder und Unterstützung bei Wahlkämpfen bestand. Viele bekannte Neonazis wie Michael Kühnen oder Manfred Rouhs (Herausgeber von Europa Vorn) begannen ihre „Karriere“ in der JN, verließen diese jedoch schnell wieder, da die Politik der JN durch biedere Alt-Nazis der NPD geprägt wurde und wenig Attraktivität auf die militante Szene ausübte. Die JN war hauptsächlich Durchlaufstation und Sprungbrett für spätere Kader verschiedener Neonazi-Organisationen. Anfang der 90er Jahre änderte die JN ihr Konzept: sie wandte sich der militanten Szene zu und baute sich selbst zu einer straff geführten Kaderorganisation um. Bei dem Aufbau zur Kaderorganisation kamen ihr die staatlichen Verbote der wichtigsten militanten Organisationen zugute. Komplette Strukturen insbesondere der FAP und der Nationalistischen Front (NF) wurden in die JN integriert und sie wurde zum Sammelbecken für Neonazis aus verbotenen Organisationen. Heute spielt die JN innerhalb der Neonaziszene eine führende Rolle. Sie war federführend bei dem Aufmarsch am 1. März in München und ähnlichen Aktionen, organisiert Rockkonzerte, um die nichtorganisierten Naziskins enger an sich zu binden, hat Einfluß auf die rechtsradikale Musikszenen durch eigene Musiklabel, treibt die internationale Vernetzung mit Faschisten aus anderen Ländern voran und verfügt als einzige Organisation über eine

übergeordnete und verbindliche Organisationsstruktur. Die JN ist heutzutage Dreh- und Angelpunkt der Neonaziszene. Mit Parolen wie „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ oder „Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national“ versucht die JN den Unmut über Arbeitslosigkeit und Sozialabbau für sich zu nutzen. Da die Herrschenden mit rassistischer Propaganda gegen Ausländer von den von ihnen verursachten sozialen Problemen ablenken wollen und da immer mehr Menschen mit Problemen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Sozialabbau konfrontiert sind, könnten die Parolen der JN stärker als bisher auf fruchtbaren Boden fallen. Neben der organisierten Neonaziszene existiert eine zahlenmäßig große unorganisierte Naziszene, die für ausländische KollegInnen, Linke, aber auch verstärkt für „unpolitische“ Jugendliche (Campingplatzüberfälle) eine konkrete Gefahr darstellt. Oft handelt es sich um Schlägerbanden, die mit zunehmender Gewaltbereitschaft Jagd auf Ausländer und Andersdenkende



Teilnehmer an einer JN-Kundgebung in Berlin

machen. Diese unorganisierten bzw. lose organisierten „Horden“ entstehen dort, wo die Auswirkungen des Kapitalismus am deutlichsten hervortreten: in Stadtteilen oder Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit und mit wenig Angeboten für Jugendliche (Schließung von Jugendheimen etc.). In Ostdeutschland ist diese Entwicklung am weitesten fortgeschritten. Der Einfluß der organisierten auf die unorganisierte Neonaziszene ist in den letzten Jahren gewachsen. Durch Konzerte rechtsradikaler Bands versuchen Organisationen wie die JN die unorganisierten Naziskins an sich zu binden. Aufgrund der verschärften sozialen Probleme wird der Einfluß der Neonaziorganisationen auf frustrierte, perspektivlose Jugendliche weiter anwachsen.

Arm der bürgerlichen Parteien in der Asyl- und Ausländerpolitik. Ihre Funktion ist es, Nichtdeutsche einzuschüchtern und Flüchtlinge abzuschrecken. Aber das ist nicht alles und nicht einmal das entscheidende. Rassismus ist Bestandteil der Ideologie aller faschistischen Organisationen, denn sie basieren auf einem radikalen und extremen Nationalismus. Doch das eigentliche Ziel der Faschisten ist die Zerschlagung aller demokratischen Rechte und der Aufbau einer Diktatur. Deshalb richten sie ihre Angriffe auch immer gegen diejenigen, die für mehr Demokratie kämpfen, die sich gegen Sozialabbau und die Angriffe der Unternehmer wehren. Deshalb sind immer wieder GewerkschafterInnen, SozialistInnen und Linke Zielscheibe faschistischen Terrors. Damit übernehmen die Nazis die Funktion von Hilstruppen des Kapitals, die mit Mitteln, die sich der Staat nicht erlauben kann, Linke einschüchtern.

Natürlich hat der Staat die Faschisten nicht völlig unter Kontrolle. Deshalb geht er auch gegen sie vor, wenn sie ihm zu weit gehen. Doch er hält sie am Leben, um sie in der Zukunft, wenn es zu mehr Arbeiterprotesten und militanten Protesten kommen wird, gegen die Arbeiterbewegung und die Linken einzusetzen. In den 70er Jahren wäre die NPD Bankrott gegangen, wenn sie nicht von der damaligen SPD/FDP-Bundesregierung Schulden gestundet bekommen hätte. 1996 haben rechtsextreme Parteien über fünf Millionen Mark staatliche Zuschüsse erhalten.

Die Kapitalisten haben heute kein Interesse daran, daß Faschisten wieder an die Macht kommen, aber sie benutzen sie gegen die Arbeiterbewegung. Deshalb sind die Faschisten die „nützlichen Idioten“ des Kapitals oder wie Erich Kästner sagte: „... denn ihr seid dumm, und böse seid ihr auch. Wer dumm und böse ist, rennt ins Verderben.“ Denn an der antikapitalistischen Phraseologie der Nazis ist nichts dran. Sie stellen das Privateigentum an Produktionsmitteln, die Grundlage der Macht der Kapitalisten, nicht in Frage.

Das sieht man auch, wenn man sich die Rolle der Nazis in den 30er Jahren anschaut.

Als die Nazis die Kommunisten holten,  
habe ich geschwiegen, denn ich war kein Kommunist.  
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,  
habe ich geschwiegen. Ich war kein Sozialdemokrat.  
Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert.  
Ich war kein Katholik.  
Als sie mich holten,  
gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

*Martin Niemöller*

## Aus der Geschichte lernen - der Hitlerfaschismus

Damals befand sich das kapitalistische System in einer tiefen Krise, wie sie in den nächsten Jahren auch zu erwarten ist. Um ihre Profite weiter einzufahren mußten die Kapitalisten immer schärfere Angriffe auf den Lebensstandard und die Rechte der Arbeiterklasse durchführen. Immer mehr Arbeiter stellten den Kapitalismus in Frage, die Kommunistische Partei legte bei Wahlen zu. Eine Revolution gegen den Kapitalismus lag in der Luft. Um sich gegen die Arbeiterbewegung durchzusetzen und den zweiten Weltkrieg vorbereiten zu können, wollten die Unternehmer die Arbeiterbewegung zerschlagen. Dazu bedienten sie sich der Nazis, die unter den verarmten bzw. bedroh-

ten Kleinbürgern (Bauern, Gewerbetreibende, Händler) und vielen Arbeitslosen eine starke Basis aufgebaut hatten. Sie finanzierten Hitler und machten ihn am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler. Nach Hitlers Machtantritt wurden innerhalb weniger Monate die Kommunistische Partei und die Sozialdemokratie verboten und zerschlagen, ihre Führer verhaftet und in Gefängnisse und Konzentrationslager gesteckt. Die Gewerkschaften wurden gleichgeschaltet und die linken Führer und Aktivisten verhaftet. Die Faschisten machten damals die Drecksarbeit des Großkapitals, denn Faschismus ist eine Herrschaftsform des Kapitalismus. Das Eigentum der Kapitalisten wurde nicht angetastet. Eine Folge der Machtergreifung der Nazis war auch die Durchsetzung des Führerprinzips in der Wirtschaft. Der Unternehmer war wieder der Alleinherrscher im Betrieb. Gewerkschaften und Betriebsräte, die in der Weimarer Republik noch die Interessen der Beschäftigten verteidigen konnten, wurden ausgeschaltet. Hitler führte Krieg im Interesse des deutschen Kapitals und auch an den jüdischen und osteuropäischen ZwangsarbeiterInnen und KZ-Opfern verdienten Krupp, Thyssen, IG Farben, Banken und Versicherungen.

## Steht die faschistische Machtergreifung vor der Tür?

Die Faschisten stellen heute eine wachsende Bedrohung für AusländerInnen, Asylsuchende, AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen, SozialistInnen dar.

Die faschistischen Bewegungen in ganz Europa sind heute aber ungleich schwächer und instabiler, als die faschistischen Bewegungen in Deutschland, Italien und Spanien in den 20er und 30er Jahren. Und es gibt viele Faktoren die dagegen sprechen, daß sie in der absehbaren Zukunft eine ähnliche Stärke erlangen könnten und die

Macht ergreifen könnten.

Die klassische faschistische Bewegung war eine Massenbewegung der Mittelschichten, die sich gegen die organisierte Arbeiterbewegung richtete. Mit einem Gemisch aus Nationalismus, Rassismus, Antikommunismus und Antikapitalismus konnten sie Millionen von verarmten Kleinhändlern, Bauern und die vielen Ex-Soldaten um sich scharen. Auf dieser Basis haben sie Organisationen mit hunderttausenden Mitgliedern aufgebaut, bewaffnete Flügel (SA, SS) geschaffen und Massensensibilisierungen durchgeführt. Die NSDAP konnte so ein dichtes, braunes Netz über ganz Deutschland auswerfen.

Die Neonazis sind von einer solchen Stärke weit entfernt. Ihre Organisationen sind weit aus instabiler. Ein Grund hierfür ist, daß sie sich nicht, wie damals die NSDAP, auf die klassischen Mittelklassen stützen können. Diese existieren einfach nicht mehr. Heute sind 87 Prozent der Erwerbstätigen Lohnabhängi-





# Die FPÖ - die stärkste rechtsextreme Partei Europas

In den letzten 10 Jahren konnte die FPÖ von rund 8 % (1986) auf über 27 % (Wahlen zum Europäischen Parlament am 13.10.96) anwachsen. Damit wurde die Freiheitliche Partei unter ihrem Führer Jörg Haider zur stärksten rechtsextremen Partei Europas. Ein wichtiges Element seiner Politik war stets der Rassismus, aber in der letzten Zeit versucht sich Haider auch als der neue Vertreter der österreichischen ArbeiterInnen zu präsentieren.

Bekannt geworden ist Haider im Ausland vor allem durch sein rassistisches Anti-AusländerInnenvolksbegehren „Österreich zuerst“ im Jahre 1993 sowie seine Auftritte bei einem Treffen ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS in Krumpendorf 1995. Aber groß geworden ist die FPÖ nicht wegen dieser Politik sondern letztlich ist ihr Aufstieg auf die Politik der beiden Regierungsparteien SPÖ (Schwesterpartei der SPD) und ÖVP (Schwesterpartei der CDU) zurückzuführen.

Seit Jahren gibt die Regierung den rassistischen Forderungen der FPÖ indirekt nach, indem sie eine rassistische AusländerInnengesetzgebung durchführt. Das Asylrecht wurde drastisch eingeschränkt und ist de facto zur Theorie geworden. AusländerInnen dürfen, den jeweiligen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entsprechend, nur herein, wenn sie jung, gesund, kräftig, männlich und ledig sind. Familiennachzug ist extrem schwierig und zu bosnischen Flüchtlingen fällt dem SPÖ-Innenminister Schlögel nur eines ein: „Es reicht“. Auf einer derartigen Grundlage erscheint die Regierung als willige Vollstreckerin von Haiders Anti-AusländerInnenpolitik.

Ein weiterer Faktor ist der seit mehreren Jahren massiv betriebene Sozialabbau. Mehrere „Spar“pakete, die einzig auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen gehen, machen es für Haider leicht, sich als der neue Vertreter derselben zu präsentieren. Und das, obwohl die schriftlichen Materialien der FPÖ dieselben Maßnahmen fordern, die die Regie-

rung durchführt - Zerschlagung des Sozialstaates, Privatisierung und ein Schwächung der Gewerkschaften.

Das alles sind Faktoren, die der Populist Haider glänzend zu nutzen weiß. Aber die Stärke der FPÖ

wurzelt zu einem nicht unwesentlichen Teil in der traditionellen Schwäche der Linken. Der Antikommunismus der SPÖ einerseits und die Tatsache, daß die SPÖ heute zu einem Hauptakteur beim Sozialabbau geworden ist, haben diese Schwäche noch verstärkt. Die wirtschaftliche Situation verschlechtert die soziale Lage immer größerer Teile der Bevölkerung. Noch fehlen die offenen politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung, die in anderen Staaten bereits begonnen haben (Frankreich, Belgien, Deutschland...). Frust und Protest gegen Sozialabbau, Lohn- und Pensionskürzungen sind vorhanden, aber es gibt keine größere Kraft der Linken, die Sprachrohr und Organisation des Widerstandes ist.

Die FPÖ kann weder durch moralische Apelle („Wir sind doch alle Menschen“) noch durch bürokratische Hindernisse (versucht durch den Österreichischen Gewerkschaftsbund) gestoppt werden. Der populistischen Politik von Rechts gehört eine sozialistische kämpferische Politik von Links entgegengesetzt. Der Kampf gegen rechtsextreme Parteien muß eingebettet sein in einen sozialen Kampf für die Rechte der ArbeiterInnenklasse. Ein Kampf, der nicht nur auf der ideologischen Ebene geführt werden muß, sondern sehr konkret auf der Straße, im Betrieb, in den Schulen und Universitäten. Neue, sozialistische Parteien müssen in ganz Europa gemeinsam mit all jenen, die von Sozialabbau, Privatisierung und Rassismus betroffen sind, eine linke Alternative aufbauen.



Jörg Haider



Am 24.10.1992  
demonstrierten in Belgien  
40.000 Menschen gegen  
Rassismus und  
Rechtsextremismus

Es ist politisch notwendig, den Nazis die Stärke der antifaschistischen Bewegung zu demonstrieren. Wenn es sein muß, müssen sie die „Bekanntheit mit dem Straßenpflaster machen“, wie es der russische Revolutionär Leo Trotzki einmal ausdrückte. Denn die Faschisten sind nicht zu überzeugen. Selbst die Mitläufer der faschistischen Gruppen werden erst dann offen für Argumente sein, wenn sie die Erfahrung gemacht haben, daß sie nicht die Stärkeren sind.

Dafür spricht auch die Erfahrung der Machtergreifung der NSDAP 1933.

Hitler selber sagte dazu: „Nur eines hätte unsere Bewegung stoppen können - wenn unsere Gegner ihr Prinzip verstanden hätten und vom ersten Tag den Kern unserer neuen Bewegung mit aller Brutalität zerschlagen hätten.“

Doch die Arbeiterbewegung war sich 1933 nicht einig im Kampf gegen die Nazis. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in SPD und KPD, die sich mehr gegenseitig bekämpften, als daß sie die Faschisten bekämpft hätten, war ein entscheidender Faktor für die Machtergreifung der NSDAP. Eine einig Arbeiterbewegung hätte Hitler stoppen können.

Heute ist der beste Weg die Nazis und den um sich greifenden Rassismus zu stoppen, der gemeinsame Kampf von deutschen und nicht-deutschen ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen für ihre gemeinsamen Interessen. Wenn die Gewerkschaften einen konsequenten Kampf gegen die Offensive der Unternehmer organisieren würden, könnten sie deutsche und ausländische ArbeiterInnen und Arbeitslose darin vereinigen. Damit würde rassistischen Spaltungsversuchen der Boden entzogen und der Rassismus und die Neonazis insgesamt zurückgedrängt werden.

Die Scheinantworten der Faschisten müssen entlarvt werden, die wahren Verantwortlichen für Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot benannt werden und es muß ein Weg aufgezeigt werden, diese sozialen Probleme zu bekämpfen.



Teilnehmer an einer Demo  
gegen die British National  
party (BNP) in London

# Eine Alternative aufbauen

Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus muß gegen die Ursachen gerichtet werden. Wie wir ausgeführt haben sind Rassismus und Faschismus „normale“ Bestandteile einer kapitalistischen Gesellschaft. Der Kampf gegen Rechts muß verbunden werden mit dem Kampf gegen das kapitalistische System. Nur wenn dieses System

## Die SAV in Aktion

Die SAV ist eine handelnde Partei. Wir reden nicht nur über die Nazis, wir sind seit Jahren aktiv und führend dabei, wenn es um den Kampf gegen Rassismus und Faschismus geht. Schon in den 80er Jahren haben wir (damals noch als VORAN-Gruppe bekannt) das Wachstum der Faschisten erkannt und viele Aktionen gegen sie durchgeführt. Als zum Beispiel die FAP 1988 versuchte in Aachen eine Hochburg aufzubauen, haben wir mit anderen AntifaschistInnen zusammen wochenlang Mobilisierungen gegen FAP-Versammlungen und -Aufmärsche durchgeführt, uns der FAP in den Weg gestellt und ihren Aufbau in Aachen verhindert. 1992 ergriffen die europäischen Mitgliedsorganisationen im

Komitee für eine Arbeiterinternationale die Initiative zum Aufbau von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE), einer europaweiten, kämpferischen, überparteilichen und demokratischen Jugendbewegung gegen Rassismus und Faschismus. Am 24. Oktober 1992 konnte JRE die bisher größte europaweite Antirassismus-Demonstration organisieren. An diesem Tag marschierten 40.000 Jugendliche und ArbeitnehmerInnen durch Brüssel. Bis heute hin haben sich JRE und SAV an unzähligen antifaschistischen Aktionen beteiligt, zuletzt hat die SAV einen maßgeblichen Anteil an der erfolgreichen Kampagne gegen das Nazi-Zentrum in Stolberg genommen.

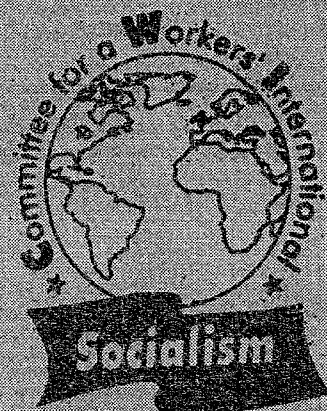
abgeschafft wird und eine Gesellschaft aufgebaut wird, in der niemand mehr ein Interesse daran hat, die arbeitende Bevölkerung zu spalten und gegeneinander auszuspielen und niemand mehr ein Interesse daran hat die Organisationen der Arbeiterbewegung zu bekämpfen und zu zerschlagen, wird dem Rassismus und dem Faschismus der Boden entzogen sein. Eine solche Gesellschaft wird eine sozialistische Gesellschaft sein, in der die Zentren von Industrie, Handel und Banken in öffentliches Eigentum überführt worden sind, in der die Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt und nicht nach dem Profit ausgerichtet wird und die demokratisch von der arbeitenden Bevölkerung selber kontrolliert und geleitet wird. Wie Rosa Luxemburg sagte: "Das Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lenkt und in bewußter freier Selbstbestimmung lebt."

## Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für den Aufbau einer Arbeiter-Internationale“ (KAI, engl. CWI # Committee for a Workers International).

Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.



Adresse:  
CWI, PO Box 3688,  
London E9 5QX, GB  
Tel.: 0044/181/533 0201  
Fax: 0044/181/985 0757  
E-Mail:  
inter@dlrcon.co.uk

## Unsere Forderungen

- Einführung eines uneingeschränkten Asylrechtes für alle Flüchtlinge
- Keine Abschiebungen, Auflösung der Abschiebeknäste, Bleiberecht für alle hier lebenden Menschen
- Bekämpfung der Fluchtursachen, statt der Flüchtlinge; Schluß mit Waffenexporten, Enteignung der Rüstungsindustrie, Verstaatlichung der Banken und Streichung aller Schulden der Länder der „3. Welt“
- Weg mit allen speziellen Ausländergesetzen
- Bezahlbare Wohnungen für alle, Auflösung von Sammelunterkünften, stattdessen menschenwürdige Unterbringung aller Flüchtlinge
- Kostenlose Sprachkurse für Nichtdeutsche
- Weg mit dem Verbot der PKK und der anderen verbotenen kurdischen Organisationen
- Wahlrecht und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen ab 16 Jahre
- Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, antifaschistische Bewegung, ImmigrantInnenorganisationen und linke Parteien
- Keine Plattform für Faschisten in den Medien
- Keine Vermietung öffentlicher Räume an faschistische Organisationen
- Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne
- Für eine linke Opposition gegen EURO und EWU

## Was will die SAV ?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer.

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen Unternehmer und Regierung zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren.

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre schrecken vor konsequenter Gegenwehr zurück. Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist.

Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden, Bündnis 90/ Die Grünen werden immer mehr zur Öko-FDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf. Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur als „Utopie“. Deshalb wurde 1994 die SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV) von GewerkschafterInnen, linken SPD und PDS-Mitgliedern um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet.

Wir sind demokratisch aufgebaut. Wir haben keine abgehobenen Berufspolitiker, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohnes verdienen.

## Gegenwehr

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verbauen.

Wir organisieren Gegenwehr, gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen.

Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenschlüssen kritischer und kämpferischer KollegInnen an der Basis.

## Solidarität

Weil die kleine Minderheit aus Unternehmern und Regierung ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, versucht sie uns zu spalten. Wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen.

Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Entscheidungen nach ihren Profitinteressen - die große Mehrheit hat sich dem zu fügen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben.

Hunger, Elend und Kriege finden täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Armut und Arbeitslosigkeit sind international.

All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

## Sozialismus

Dabei würde bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Das System in Osteuropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet und in Gemeineigentum überführt werden, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

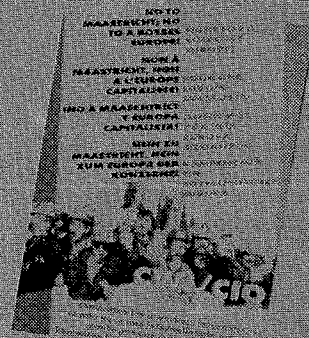
## Weitere Broschüren und Bücher



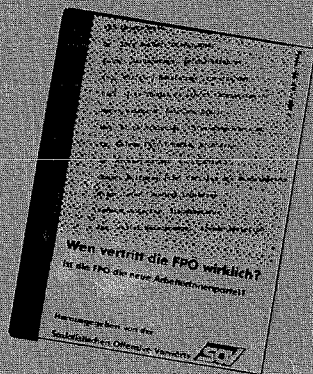
Der Niedergang des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei. Beschlüsse vom SAV-Bundeskongress 97. 96 Seiten, 8 DM.



The Tiger Strikes Back. Englische Broschüre über die Streikbewegung in Südkorea. 96 Seiten, 5 DM.



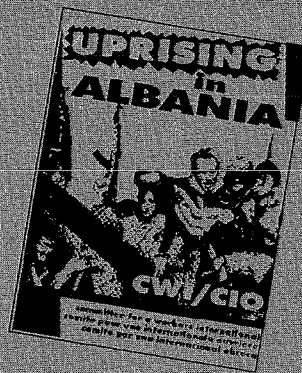
Nein zu Maastricht, nein zum Europa der Konzerne. Mehrsprachige Broschüre (deutsch, engl., franz., span., ital.) 48 Seiten, 5 DM.



Wen vertritt die FPÖ wirklich? Buch der Sozialistischen Offensive Vorwärts (SOV, Österreich) 70 Seiten, 7 DM



Che Guevaras Vermächtnis – zum 30. Todestag des Revolutionärs. 20 S., 2,50 DM.



Uprising in Albania. Engl. Broschüre über den albanischen Aufstand, Frühjahr 97. 32 Seiten, 4,50 DM.